

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

Politik

Nie mehr Nikolaus

MEINUNG ZEITGEIST

Das Problem im ZDF-Krieg ist das System, nicht die Person, meint Josef Joffe *Josef Joffe*

Zu Recht empört die Causa Nikolaus Brender. Am Freitag steht die Vertragsverlängerung des ZDF-Chefredakteurs an. Wie kommt ein Ministerpräsident wie Hessens Roland Koch dazu, diesen begabten Journalisten (der einst bei der ZEIT hospitiert hat) aus so durchsichtigen politischen Motiven abschießen zu wollen?

Eine üble Attacke gegen die Rundfunkfreiheit - und doch erinnert der Vorgang an die Szene aus Casablanca, wo der gefügige Polizeichef auf Befehl des Nazi-Majors Strasser Rick's Café schließt. Warum bloß?, entrüstet sich Rick (Humphrey Bogart). Der Polizeichef: »Unfassbar! Ich habe gerade gemerkt, dass hier gejeut wird.« Im selben Moment steckt ihm der Croupier seine Gewinne zu.

So ähnlich geht's in Mainz zu: Unglaublich, Parteipolitik! Die Union will einen Chefredakteur meucheln, der nicht genehm ist. Verfassungsbruch!, schelten 35 Staatsrechtslehrer, gewähre doch das Grundgesetz Rundfunkfreiheit. Wo waren die Professoren in den letzten fünfzig Jahren?

Koch hat bloß die Parteimacht allzu dreist ausgespielt. Traditionell verlief es eleganter: Die Mehrheit im

Verwaltungs- und Rundfunkrat bestimmte, wer was wurde - die Minderheit wurde nach dem Muster »eins links, eins rechts« ruhiggestellt. Leise, regelhaft, an der Parteilinie entlang. Und die ist im ZDF-Verwaltungsrat schwarz.

Die Bundesrepublik wird nicht umsonst als Parteienstaat etikettiert; deren Macht quillt weit über das eigentlich Politische hinaus. Eben auch ins ZDF, wo selbst im Rundfunkrat 93,5 Prozent der 77 Mitglieder dem Proporz entsprechen, der Politikferne zum frommen Wunsch reduziert.

So staatsnah sollte das Öffentlich-Rechtliche natürlich nie sein, aber vom kleinsten bis zum größten Sender hat die Politik das letzte Wort - oder im Fall des Roland Koch auch das erste. Sein Gebaren ist schnöselig, aber systemkonform.

Stellen wir uns vor, diese Zeitung (oder jede andere) unterläge einem staatlich mandatierten Rat. Allein der Gedanke ist unerträglich. Aber so ist es bei Radio und TV. Wer solchen Machtmissbrauch verhindern will, muss nicht pro Brender und contra Koch, sondern gegen ein System sein, das in der demokratischen Welt nur von den Staatsmedien Frankreichs

übertroffen wird. Aber die Öffentlich-Rechtlichen werden wir nicht abschaffen - erst recht nicht, nachdem die Privaten seit dreißig Jahren jede Chance vertun, Besseres ins Breitband zu stellen.

Wer heute intelligente Unterhaltung sucht, wird sie nicht bei RTLPro7VoxSAT, sondern beim amerikanischen HBO (The Wire, Curb Your Enthusiasm) finden. Man darf dennoch zart fragen, ob wir für die »Grundversorgung« zwanzig Öffentlich-Rechtliche brauchen, die nicht nur von steigenden Zwangsgebühren, sondern auch von hoch kapitalistischer Werbung profitieren.

Ein Gutes hat die Causa Brender/Koch doch. Noch nie wurde die Öffentlichkeit so sensibilisiert fürs Prinzipielle, das im Gewande einer Personalie daherkam. Möge die Einmischung gegenüber allen Öffentlich-Rechtlichen Schule machen. Bloß ist es umgekehrt wahrscheinlicher: dass die Parteien daraus lernen, wieder still und geschmeidig zu agieren - nach der Maxime: einen für dich, einen für mich, und das in Rot, Schwarz, Grün und Gelb.